



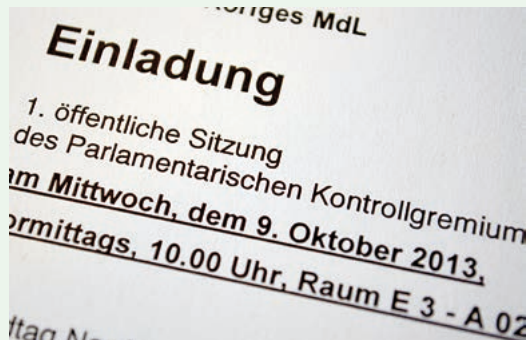
Erste öffentliche Sitzung schafft mehr Transparenz beim Verfassungsschutz

Nordrhein-Westfalen hat im Juni als erstes Bundesland nach dem NSU-Skandal ein Gesetz zur Reform des Verfassungsschutzes verabschiedet. Wesentliche Kernpunkte des Gesetzes sind die Konzentration des Verfassungsschutzes auf die gewaltorientierten Bestrebungen, mehr Transpa-

renz durch öffentliche Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sowie klare gesetzliche Regelungen für den Einsatz von V-Leuten.

Am 9. Oktober hat nun das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) erstmals öffentlich getagt. Bisher fanden alle Sitzungen des Gremiums, das die Arbeit des Verfassungsschutzes in NRW kontrolliert, geheim statt. Die Mitglieder durften weder über Ort und Zeit noch über den Inhalt der Sitzung Auskunft geben. Für die Öffentlichkeit bedeutete dies, dass sie weder wusste, wann und wie oft sich das Gremium traf, noch über welche Fragestellungen und Themen es beriet oder welche inhaltlichen Schwerpunkte es setzte. Damit war ein wichtiges Element von Kontrolle – die Öffentlichkeit – nicht gegeben.

Natürlich wird es auch in Zukunft geheime Sitzungen des PKG geben müssen, zum Beispiel wenn es um Klarnamen von V-Leuten oder Erklärungen zu einem versuchten Anschlag geht, also um Sachverhalte, die tatsächlich zu einer Gefährdung einer Person oder der öffentlichen Sicherheit führen können. So wird die Arbeit des Kontrollgremiums für die Bürgerinnen und Bürger zwar nur für einen Ausschnitt und nicht in seiner Gesamtheit transparenter, dennoch halten wir GRÜNE diese Veränderung für einen wichtigen Schritt hin zu Offenheit und Öffentlichkeit und damit auch zu mehr Kontrolle. ■



Freimuth: Rot-Grün verschlechtert Studienbedingungen

In diesen Tagen beginnt das Wintersemester an den NRW-Hochschulen. 111.000 Studienanfänger strömen in die Hörsäle. Noch nie studierten so viele junge Menschen in Nordrhein-Westfalen. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Die Hochschulen leisten Großartiges beim Ausbau der Studienkapazitäten auch für den doppelten Abiturjahrgang. Ohne die Hochschulfreiheit wäre das nicht gelungen“, erklärt Angela Freimuth (Foto), hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion. Leider bleibt NRW aber unter seinen Möglichkeiten zur Verbesserung der Studienbedingungen. Anstatt die gestrichenen Studienbeiträge wie zugesagt voll zu kompensieren, steht den Hochschulen weniger Geld für Qualitätsverbesserung pro Studierendem zur Verfügung. „Es droht eine

deutliche Verschlechterung der Studienbedingungen.“

2009 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben bei 606 Euro, 2013 sind es nur noch 487 Euro. Denn bei der Abschaffung der Studienbeiträge wurden die sogenannten Kompensationsmittel von SPD und Grüne auf 249 Millionen Euro jährlich gedeckelt. Sie werden nicht an die stetig steigende Studierendenzahl angepasst. „Die Betreuung der Studierenden leidet.“ Diese Finanzierungslücke wird von Jahr zu Jahr größer, wenn sich immer mehr junge Menschen für ein Studium entscheiden. Freimuth: „Die FDP hat im Landtag vor dieser Fehlentwicklung gewarnt.“

Durch die Möglichkeit, sozialverträgliche Studienbeiträge zu erheben, konnten die



Hochschulen in Qualitätsverbesserung investieren, die Angebote für Studierende verbessern: Bibliotheksöffnungszeiten ausweiten, aktuelle Bücher anschaffen oder Personal für zusätzliche Tutorien sowie Studienberatung einstellen.

„Dieses Qualitätsniveau zu erhalten, geschweige denn auszubauen, ist für viele Hochschulen jetzt leider nicht mehr möglich“, befürchtet Freimuth. Das werden die Studierenden im Alltag spüren. „Statt für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, schwächt Rot-Grün die Hochschulen zu Lasten der Studierenden.“ ■



Von marinen Metaphern hin zu dringenden Debatten

„Mann über Bord“, „Untergang“, „Klarmachen zum Kentern“ – mit den Ereignissen der vergangenen Wochen in unserer Fraktion haben wir Fans nautischer Untergangsszenarien offensichtlich in Verzückung versetzt. Und tatsächlich war Robert Steins Fraktionsaustritt ein Schlag vor den Bug für uns. In Schiefelage geraten sind wir deshalb nicht – weder nach links noch nach rechts.

Stattdessen bleiben wir – Achtung Metapher!! – weiter auf Kurs und widmen uns auch in der kommenden Plenarphase wieder dringenden Themen. Wir legen beispielsweise einen Gesetzentwurf vor, demzufolge endlich alle Sparkassen die Bezüge ihrer Führungskräfte im Internet offenlegen müssen. Laut Finanzministerium haben 29 Sparkassen diese Einkünfte bislang nicht in dem vom Gesetzge-

ber beabsichtigten Umfang veröffentlicht – obwohl das ausdrücklicher Wille aller Fraktionen bei der Verabschiedung des Transparenzgesetzes im Jahr 2009 gewesen ist. Acht Sparkassen weigern sich beharrlich, auch nur ansatzweise vollständige Angaben zu machen. Das können wir nicht akzeptieren!

Wir pochen auch darauf, dass Minister Walter-Borjans seine Ankündigung, die Landesbehörden würden auf Ökostrom umsteigen, endlich in die Tat umsetzt. Bereits im Jahr 2011 hat er versprochen, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Stromverträge für den Zeitraum ab 2013 nach ökologischen Kriterien neu ausschreiben wird. Doch bisher ist nichts geschehen.

Die Themen der neuen Piraten-Anträge reichen außerdem von der Aussetzung der

Sanktionen gegen ALG-II-Empfänger über die Neukonzeption des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und mehr Transparenz in der Arbeit der Rundfunkkommission bis zu einer Initiative, Vorschulkinder kostenfrei Bus und Bahn fahren zu lassen. Wir freuen uns auf die Debatten. Ahoi, und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel! ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW